WWF

HINTERGRUND

DEZEMBER 2012

LEGALISIERTE ÜBERFISCHUNG

Einleitung

Überfischt wird überall. In allen Meeresregionen der Welt und auch in EU-Gewässern war in den vergangenen Jahrzehnten die Fischerei zu intensiv. Und so sind heute weltweit 30 Prozent aller Fischbestände überfischt[1]. In Europa ist die Lage besonders drastisch: Fast jeder zweite Bestand im Nordostatlantik – 47 Prozent – gilt hier als überfischt. Im Mittelmeer sind es sogar 80 Prozent[2]. Das Management der EU-Fischerei sieht vor, dass die Fischereiminister der Mitgliedstaaten bestimmen, wie viel Fisch aus den über 200 Beständen entnommen werden darf. Alljährlich verhandeln sie im Ministerrat über die so genannten Höchstfangmengen (in den Abbildungen „TAC“, engl. Total Allowable Catch). Die Basis dieser Verhandlungen kommt von der Wissenschaft: Jahr für Jahr wird der Internationale Rat zur Erforschung der Meere (ICES) von der EU beauftragt und bezahlt, um Empfehlungen für einen Großteil der europäischen Fischbestände zu erarbeiten[3]. Die wichtigste Frage für die Wissenschaftler ist: Wo liegt der maximale nachhaltige Fang, also die Menge Fisch, die einem Bestand alljährlich entnommen werden dürfte und ihm dennoch die bestmögliche Entwicklung für das kommende Jahr erlaubt? Als Bewertungsgrundlage dienen die verfügbaren biologischen Daten. Das klingt doch gut oder? Weshalb ist dann die Situation der Fischbestände in Europa so schlecht?

47 %
der Fischbestände im Nordostatlantik sind überfischt.

Die Minister haben natürlich mehr als nur die Gesundheit der Fischbestände und der Meeresumwelt im Blick. Ihnen geht es auch um die wirtschaftliche Gesundheit ihrer Fischwirtschaft, die Entwicklung ihrer Küstengemeinden sowie um die dortigen Arbeitsplätze. Und um ihre politische Karriere. Und so ergibt sich ein anderes Bild: Die Auswertung von Daten zu 107 EU-Beständen des Nordost-Atlantiks über einen Zeitraum von neun Jahren zeigt, dass die Minister systematisch höhere Fangmengen erlaubten, als die Wissenschaftler empfahlen (Abb. 1). Kurz gesagt haben die Minister Fangmengen beschlossen, die legal, aber nicht nachhaltig waren. Ihre politischen Entscheidungen haben jahrzehntelang und auf Kosten der Nachhaltigkeit die Überfischung legalisiert. Damit legten sie den Grundstein für den schlechten Zustand der EU-Fischbestände.

Zusammensetzung der Fangmengen (TAC) für 107 Bestände im Nordostatlantik

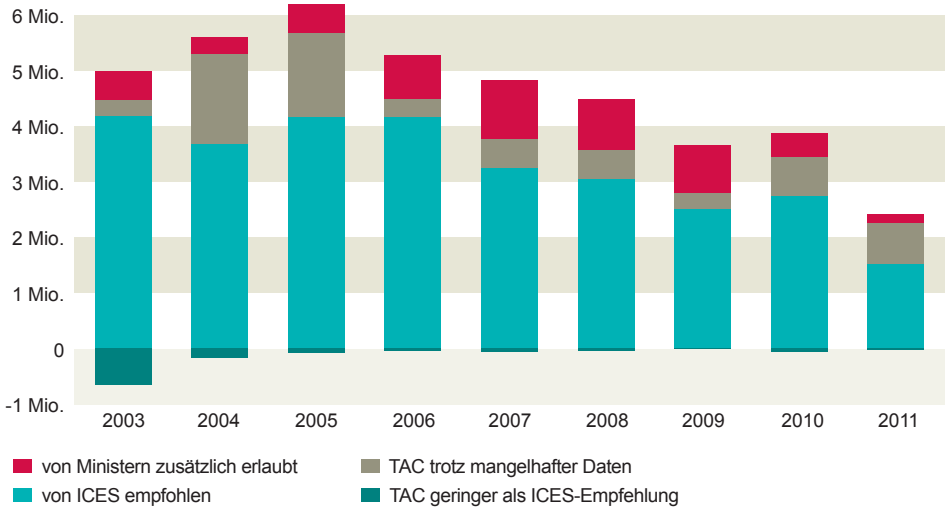

Abb. 1: Gesamtfangmengen (TAC) für 107 Bestände zwischen 2003–2011, aufgegliedert in die von Wissenschaftlern empfohlene Höchstfangmenge (türkis), die Fangmenge, die ohne wissenschaftliches Gutachten vergeben wurde (grau) sowie die zusätzlich von den Ministern erlaubte Fangmenge (rot). Über die neun Jahre addieren sich die roten Bereiche auf 6,2 Millionen Tonnen Fisch.

1) FAO, Rome 2012. The State of the World Fisheries and Aquaculture.
2) EU Kommission 2012. MITTEILUNG DER KOMMISSIONAN DEN RAT, Konsultation zu den Fangmöglichkeiten 2013, COM(2012) 278 final.
3) http://www.ices.dk/advice/request/2012/EC/MoU/20120316_MoU_Signed.pdf

Ergebnisse

Wir haben die legalisierte Überfischung für 107 Bestände des Nordostatlantiks für den Zeitraum 2003 bis 2011 ausgewertet. Die zugrunde liegenden Daten für diese Auswertung stammen von der EU-Kommission und stellen eine lückenlose 9-jährige Zeitreihe dar[4]. Sie stehen repräsentativ für sämtliche rund 200 EU-Fischbestände und geben einen Anhaltspunkt, mit welchen Größenordnungen wir es zu tun haben. Aus den Empfehlungen des ICES und den entsprechenden politischen Entscheidungen ergibt sich, dass (für den Nordostatlantik und angrenzende Gewässer):

» die Minister in 9 Jahren 6,2 Millionen Tonnen Fisch zusätzlich zu den wissenschaftlich empfohlenen Fangmengen für die Fischerei freigegeben haben (Abb. 1) – ein Fall von legalisierter Überfischung.

Gesamtfangmengen Nordostatlantik 2003 – 2011 (in Tonnen)

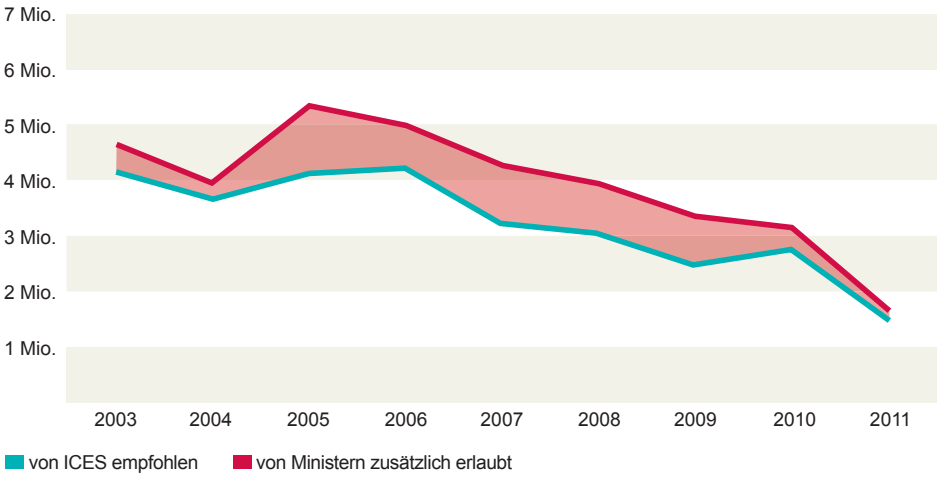

Abb. 2: Aufaddierte Gesamtfangmengen (TAC) für 107 Bestände im Nordostatlantik zwischen 2003 und 2011. Deutlich sichtbar die beständig oberhalb der wissenschaftlichen Empfehlung verlaufende Entscheidung der Minister.

» die politischen Entscheidungen der Minister zu den Fangmengen um durchschnittlich 45 Prozent oberhalb der ICES-Empfehlungen lagen (Abb. 2). Eine positive Entwicklung ist die Abnahme der Überschreitung von 48 Prozent in 2009 auf 34 bzw. 23 Prozent in den Jahren 2010 und 2011.[5] Bei allen Fangmengen handelt es sich letztlich jedoch um die Menge des angelandeten Fisches und es fehlt der Teil des Fangs, der als Rückwurf wieder über Bord ging.

» die Minister lediglich in 13 Prozent der Entscheidungen den Wissenschaftlern folgten (Abb. 3). Erst seit wenigen Jahren ist hier eine Besserung zu verzeichnen, die auch mit der Einführung so genannter Mehrjahrespläne in Verbindung gebracht wird

» bei 58 Prozent der Entscheidungen über die Höchstfangmengen für die in Deutschland wichtigsten Fischbestände die Empfehlungen überschritten wurden (Abb.4). Zwischen 2003 und 2007 wurden EU-weit knapp 65.000 Tonnen Scholle (Nordsee) und rund 190.000 Tonnen Dorsch (östliche Ostsee) über die wissenschaftliche Empfehlung hinaus gefischt. Aufgrund des im Jahr 2008 eingesetzten Mehrjahresplans konnte sich der östliche Dorschbestand in der Ostsee deutlich erholen.

Entscheidungen über Höchstfangmengen (EU)

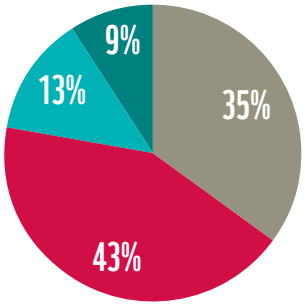

Abb. 3: Für die 107 Bestände überschreiten die politisch festgelegten Fangmengen in 43 Prozent der Entscheidungen die wissenschaftliche Empfehlung. Für 35 Prozent ist die Datenlage unzureichend. In nur 13 Prozent der Entscheidungen zwischen 2003 und 2011 wurde die wissenschaftliche Empfehlung eingehalten und in 9 Prozent der Entscheidungen wurde sie unterschritten.

4) Die für diesen Report ausgewerteten Daten wurden von der EU Kommission zur Verfügung gestellt. Sie berücksichtigen 107 Bestände des Nordostatlantiks und angrenzender Gewässer. Während sich die Gesamtzahl der EU-Fischbestände aus verschiedenen Gründen häufig ändert, ist diese Liste gleichbleibend über den gesamten Zeitraum von 2003-2011. Bei der Auswertung blieb unberücksichtigt, ob Bestände/Fischereien unter einem der neunMehrjahrespläne bewirtschaftet werden. Dieser Report bewertet jede Überschreitung einer wissenschaftlichen TAC-Empfehlung als nicht-nachhaltige Entscheidung, die im Zweifel auch zum Scheitern eines Plans führen kann, siehe Kabeljau-Wiederauffüllungsplan in der Nordsee.

5) EU Kommission 2012. MITTEILUNG DER KOMMISSIONAN DEN RAT, Konsultation zu den Fangmöglichkeiten 2013, COM(2012) 278 final.

Entscheidungen zu Deutschlands kommerziell wichtigsten Fischbeständen

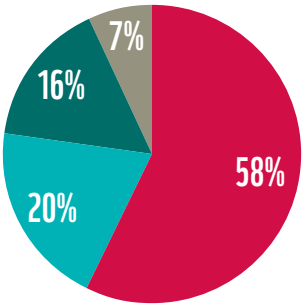

Abb. 4: Auswertung der TAC-Entscheidungen zwischen 2003 und 2011 für die kommerziell wichtigsten Bestände in Deutschland: Kabeljau (Nordsee), Dorsch (östliche und westliche Ostsee), Scholle und Seezunge (Nordsee), Hering (Nordsee/Ärmelkanal und westliche Ostsee), Blauer Wittling, Stöcker, Seelachs (norweg. See, Nordsee,Skagerrak und Kattegat)

» sich die Anzahl der als überfischt eingestuften Bestände deutlich verringerte, als der Datenmangel besonders hoch war (Abb. 5). Unter den Beständen mit mangelhaften oder wissenschaftlich nicht belastbaren Daten könnten sich also viele überfischte Bestände befinden. Denn Datenmangel ist kein Nachweis für einen guten Zustand.

» offenbar notwendige Maßnahmen ausblieben, um die Bewirtschaftung der EU-Fischbestände an einem der Kernziele der GFP auszurichten: Nachhaltige Nutzung. Bestes Beispiel ist der Nordsee-Kabeljau. Der im Jahr 2004 verabschiedete Erholungsplan hatte zum Ziel, die Biomasse des Bestandes in etwa 5-10 Jahren so anwachsen zu lassen, dass sie sich wieder in sicheren biologischen Grenzen befindet. Die Höchstfangmengen sollten so gesetzt werden, dass die Biomasse um 30 Prozent pro Jahr wächst. Bis zum Jahr 2010 war das Anwachsen auf über 165.000 Tonnen anvisiert. Doch der Ministerrat setzte seinen eigenen Plan aus und hielt sich nicht an die jährliche maximale Abweichungsbeschränkung, die der Plan festschrieb. Und so lag die Biomasse des Nordsee-Kabeljau in 2010 bei nur 52.733 Tonnen[6] – das ist weniger als ein Drittel dessen, was geplant war.

» eine der höchsten Abweichungen von der wissenschaftlichen Empfehlung bei plus 264 Prozent lag (Seezunge im Jahr 2008 im ICES Gebiet VIIe, westlicher Kanal). Das entspricht fast dem Dreifachen dessen, was die Wissenschaftler als nachhaltigen Fang definierten.

Fazit / WWF-Forderungen

Derzeit wird die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) der EU reformiert. Die wichtigste Frage: Wird die neue GFP die Erholung der europäischen Fischbestände garantieren? Im Jahr 2002 verpflichtete sich die EU, ihr Fischerei-Management anzupassen, um bis zum Jahr 2015 das Konzept des nachhaltigen Dauerertrages (MSY) umzusetzen. Das kann nur gelingen, wenn die Reform die Minister verpflichtet, bei der Festsetzung der Höchstfangmengen der wissenschaftlichen Vorlage zu folgen. Aus Sicht des WWF kann es so jedenfalls nicht weitergehen: Die Europäische Union bezahlte zwischen 2003 und 2012 rund 7,5 Millionen Euro an den ICES[7] für eine wissenschaftliche Leistung, die die Fischereiminister anschließend systematisch wieder über Bord warfen.

Bewertung von 107 nordostatlantischen Beständen nach MSY-Ansatz (in Prozent)

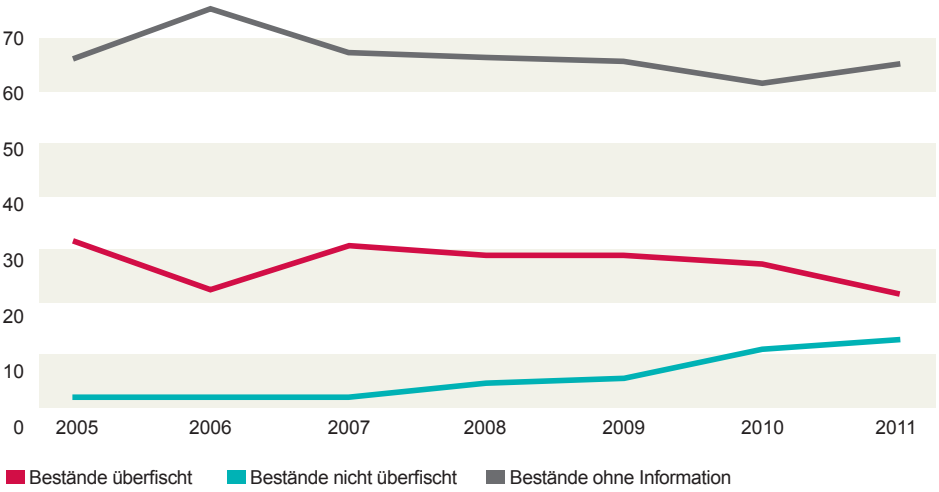

Abb. 5: Im Informationsmangeljahr 2006 ist ein sprunghafter Anstieg der Bestände ohne belastbare Information zu verzeichnen und der Anteil überfischter Bestände sank deutlich – in etwa gleichem Maßstab. Eine zeitgleiche Zunahme bei den nicht überfischten Beständen ist nicht zu erkennen. Dies könnte bedeuten, dass viele Bestände ohne belastbare Information tatsächlich auch überfischt sind.

6) Froese, R. & Quaas, M., 2012. Mismanagement of the North Sea cod by the Council of the European Union. Ocean & Coastal Management. DOI 10.1016/j.ocecoaman.2012.04.005
7) Information des Financial Committees des ICES per Email am 28.9.2012

Positive Trends dürfen keine Einzelfälle bleiben.

Auch in Zukunft werden die Minister die letzte Instanz zur Bestimmung der Höchstfangmengen sein. Die bereits in Kraft gesetzten Mehrjahrespläne für EU-Fischereien sehen vor, dass diese Pläne eine maximale prozentuale Abweichung der Höchstfangmengen zu dem Vorjahreswert definieren. So wird der Spielraum der Minister klar begrenzt. Doch diese Pläne haben nur Erfolg, wenn sie konsequent umgesetzt werden. Ein gutes Beispiel ist der Bewirtschaftungsplan für den Dorsch in der östlichen Ostsee, der seit 2008 eine überaus positive Entwicklung ermöglichte.

Über die letzten Jahre sind positive Trends zu erkennen. Sie alle dürfen keine Einzelfälle bleiben. Sie müssen durch solide politische Rahmenbedingungen gefestigt werden, die eine neue GFP liefern muss. Gesunde Fischbestände brauchen als Fundament eine konsequente Reform. Die Erholung der Bestände ist nur möglich, wenn jetzt die richtigen politischen Entscheidungen getroffen werden. Aktuelle Analysen zeigen, dass bei der richtigen Ausgestaltung der Reform die europäischen Fischer im Jahr 2022 durch bestandserhaltende Fischerei zusätzlich 2,8 Millionen Tonnen Fisch anlanden und ihre Erträge damit um 2,1 Milliarden Euro jährlich wachsen könnten[8].

Der WWF fordert insbesondere die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, aber auch alle Beteiligten in den Mitgliedstaaten auf, sich bei den laufenden Verhandlungen für eine ehrgeizige Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) einzusetzen, die sicherstellen muss, dass:

Jetzt sind die MdEP gefragt.

- sich die Fischbestände über ein Niveau erholen können, welches den maximalen nachhaltigen Dauerertrag ab 2015 produzieren kann;
- Mehrjahrespläne für das Fischerei-Management (MAP) bis 2015 in Kraft treten und unter Einbeziehung aller Beteiligten (Mitgliedstaaten, Fischer, Fischindustrie, Wissenschaftler und Umweltschutzorganisationen) etabliert werden;
- die Verschwendung von Ressourcen durch Rückwürfe gestoppt und unerwünschte Beifänge spätestens bis zum Jahr 2018 nahe Null gebracht werden;
- Subventionen nur noch für nachhaltige Fischereipraktiken gezahlt werden.

Nehmen Sie Ihre Verantwortung zur Mitentscheidung in der Fischerei wahr, stimmen Sie für eine starke neue Fischereipolitik – gegen Quotengeschacher und nicht nachhaltige Fischerei.

8) P. Salz 2012. Socio-economic benefits of a bold EU fisheries reform – a discussion paper. Framian BV.

WWF

Unser Ziel

Wir wollen die weltweite Zerstörung der Natur und Umwelt stoppen und eine Zukunft gestalten, in der Mensch und Natur in Einklang miteinander leben.

wwf.de | info@wwf.de

WWF Deutschland
Karoline Schacht
EU-Fischereipolitik
Mönckebergstraße 27
DE - 20095 Hamburg
Tel.: +49 40 530 200-327
E-Mail:
karoline.schacht@wwf.de